



## **„Zwischen Durchbruch und Scheitern - der Pariser Klimagipfel unter Erfolgsdruck“**

Redemanuskript des Beitrags zur Konferenz:

["Klima schützen - weltweit und bei uns"](#) am 14.11.2015

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag

### **1. Einleitung**

Dieser Sommer war heiß. Juli und August haben nicht nur bei uns in Mitteleuropa neue Temperaturrekorde geknackt. Die Folgen für Natur und Mensch sind gravierend, oft sogar tödlich. Bei Hitzewellen in Indien und Pakistan sind dieses Jahr über 4500 Menschen ums Leben gekommen. Der Klimawandel und seine hohen Temperaturen lassen den Meeresspiegel steigen, führen zu mehr Sturmfluten und machen dicht besiedelte Küstenregionen unbewohnbar. Er verstärkt Dürren und zerstört Ernten in der Landwirtschaft. Bei vielen Gletschern rund um den Globus lässt sich inzwischen erschreckend gut verfolgen, wie sie Monat für Monat abschmelzen. Das Eis der Pasterze, dem größten Gletscher der Ostalpen, ist seit Beginn der Industrialisierung auf die Hälfte seiner ursprünglichen Fläche geschrumpft.

Der Klimawandel ist keine ferne Zukunftsmusik mehr. Er ist da, hier und jetzt. 2015 wird als das weltweit heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in die Geschichtsbücher eingehen.

In diesem heißen Sommer war Deutschland Gastgeber der G7, dem Klub der sieben großen Industriestaaten. Vor idyllischem Alpenpanorama im bayrischen Elmau hat sich die G7 erstmals auf einen Ausstieg aus den fossilen Energien verständigt bis Ende des Jahrhunderts. Das ist sicher ein wichtiges Signal und ein politischer Fortschritt. Aber es ist beileibe kein

Durchbruch im Kampf gegen den Klimawandel. Die Wissenschaft warnt, dass das zu langsam ist. Sie empfiehlt nachdrücklich, die Weltwirtschaft bis Mitte des Jahrhunderts zu dekarbonisieren. Denn nur so kann die globale Erwärmung auf maximal 2 Grad Celsius begrenzt werden – also der Zielmarke jenseits derer die Auswirkungen des Klimawandels als nicht mehr beherrschbar gelten. Gleichwohl ist auch diese Zielmarke mit hohen Risiken verbunden. Nicht zu Unrecht fordern deshalb inzwischen mehr als 100 Staaten weltweit, die Zielmarke von 2 Grad auf 1,5 Grad Celsius zu senken.

Mit der Ausnahme des Krisenjahrs 2009 kennt der globale Ausstoß von Treibhausgasen bislang nur eine Richtung – und zwar nach oben. Kann der Klimagipfel, die COP21, eine Trendwende einleiten?

## **2. Kontext und Herausforderungen des Klimagipfels**

Um die Frage zu beantworten, möchte ich zunächst den Kontext der Verhandlungen illustrieren. Aufmerksame Beobachter werden wissen, dass unter dem Dach der UN jedes Jahr vor Weihnachten ein solcher Klimagipfel stattfindet. Dieses Jahr ist die mittlerweile 21. Konferenz zur Klimarahmenkonvention, die 1992 verabschiedet wurde. Damals einigten sich alle Vertragsstaaten darauf, den menschengemachten Klimawandel gemeinsam, aber mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, zu bekämpfen. Viele dürften sich an den Gipfel von 2009 in Kopenhagen, die COP15, erinnern, welche gemessen an den hohen Erwartungen kläglich scheiterte. Damals gelang es nicht, einen neuen Klimavertrag als Nachfolger für das Kyoto-Protokoll auszuhandeln.

Kopenhagen war eine Zäsur, mit der ein neues Kapitel der Klimadiplomatie eingeläutet wurde. Bis dahin war das Ziel, einen Klimavertrag im top-down-Ansatz zu vereinbaren: International wollte man sich auf Ziele verpflichten, die dann jeweils national umgesetzt worden wären. Mit dem Scheitern von Kopenhagen gehört dieser Ansatz der Vergangenheit an. Statt top-down heißt es jetzt bottom-up.

Was heißt das konkret? Im Vorfeld dieser Konferenz haben mehr als 150 Länder ihre Pläne auf den Tisch gelegt, in welchem Umfang sie bis zum Jahr 2030 ihre Emissionen senken wollen. Sie haben den Charakter einer freiwilligen Selbstverpflichtung. Im Jargon der Klimadiplomaten

heißen diese Pläne *Intended Nationally Determined Contributions* oder kurz INDCs.

Die Schwierigkeit der INDCs liegt darin, dass kein einheitliches Format verwendet wird: Jedes Land wendet eigene Basis- und Zieljahre für die Senkung der Emissionen oder die Steigerung der Effizienz an. Manche Länder berücksichtigen die Rolle von Wäldern als Kohlenstoffsinken, andere nicht. Das führt zu einem gewissen Wildwuchs. Es ist ein einigermaßen komplexes Unterfangen, die Pläne der Staaten zu vergleichen und zu aggregieren.

Immerhin: Schaut man sich die Pläne einmal genauer an, so wird klar, dass die Klimapolitik der letzten fünf Jahre deutliche Fortschritte gemacht hat:

- Die Europäische Union war lange Zeit Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel. Doch in Zeiten der Euro- und der Flüchtlingskrise lässt ihr Ehrgeiz erkennbar nach. Für 2030 hat sich die EU vorgenommen, die Emissionen um 40% im Vergleich zu 1990 zu senken. Die erneuerbaren Energien sollen dann auf 27% ausgebaut werden. Die Marke kann wohl ohne größere Anstrengungen erreicht werden. Viele West- und Nordeuropäische Mitgliedsstaaten hatten sich für ehrgeizigere Ziele ausgesprochen. Doch dagegen haben sich die Mittel- und Osteuropäischen Länder mit Händen und Füßen gewehrt. Die EU wird zwar weiter eine konstruktive Rolle in den Verhandlungen einnehmen. Doch andere Staaten machen ihr ihre Vorreiterrolle beim Ausbau der erneuerbaren Energien streitig.
- China gehört zu den Ländern, die ein Handeln des Westens einfordern, weil dieser das Problem verursacht hat. China und auch Indien haben daraus für sich das Recht einer nachholenden Entwicklung abgeleitet, bei der einzig den Industrieländern die Aufgabe zukomme, Emissionen zu reduzieren. Für den Klimagipfel hat sich China zwar nicht auf feste Ziele eingelassen. Es hat aber erstmals zugesagt, dass seine Emissionen spätestens ab 2030 sinken sollen. Die Zusage resultiert daraus, dass der Klimaschutz auch für die politische Führung in Peking längst kein Wohlfühlthema mehr ist. Die Nutzung der Kohle bringt eine massive Luftverschmutzung mit sich, gegen die sich vor allem die aufstrebende chinesische Mittelschicht wehrt. Schon heute erzwingen deshalb etliche Provinzen in China die Abschaltung alter Kohlekraftwerke. China hat sich zum weltweit größten Markt für die Wind- und Solarkraft etabliert. Im Reich der Mitte sind die Weichen auf einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien gestellt.
- Auch wenn die USA völkerrechtlich verbindliche Ziele ablehnen, hat ihre Regierung

eine relativ stringente Selbstverpflichtung vorgelegt. So sollen die Emissionen bis 2025 um rund 26% im Vergleich zu 2005 sinken. Parallel dazu hat die US-Regierung wichtige Schritte eingeleitet, um alte Kohlekraftwerke abzuschalten und die Investitionsbedingungen für die erneuerbaren Energien zu verbessern. Erst letzte Woche hat Präsident Obama sein Veto gegen den Bau der Pipeline *Keystone XL* eingereicht, die Öl aus besonders dreckigen Teersanden von Kanada an den Golf von Mexiko transportieren soll. Seine Entscheidung hat Obama explizit mit dem Klimaschutz begründet. Damit setzt der US-Präsident das Signal, dass das Zeitalter der fossilen Energien zu Ende geht.

- Auch aus anderen Industrieländern, die zuvor Bremser in den Verhandlungen waren, gab es in den letzten Wochen positive politische Signale. In Australien wurde der konservative Regierungschef durch einen gemäßigten Nachfolger abgelöst. Kanada hat eine neue Regierung gewählt, die den Klimaschutz ernster nehmen und den Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren wird.

Seit Kopenhagen haben wir also in den nationalen Klimapolitiken einen guten Schritt nach vorne gemacht. Doch reicht das, um den Klimawandel zu stoppen und was heißt das für die Verhandlungen?

### **3. Fünf Eckpfeiler für Paris**

Das Spielfeld der Klimaverhandlungen auf der COP21 wird von fünf Eckpfeilern markiert: die Klimaschutz-Ziele, die Dynamik und Transparenz der Absprachen, die Anpassungs- und Finanzhilfen für den Süden, die Regeln für Schäden und Verluste sowie die Frage nach dem rechtlichen Status des Abkommens.

1. Die Klimaschutz-Ziele: Werden die hier skizzierten Klimapläne umgesetzt und auch nach 2030 fortgesetzt, würde dies den Klimawandel merklich abbremsen. Aber dennoch würde sich die Erde um rund 3 Grad aufheizen. Das ist zwar besser als eine Erwärmung von 4-5 Grad, die ohne jegliches Handeln droht. Aber es liegt doch noch deutlich über dem, was die Klimawissenschaft dringend empfiehlt. Auf dem Gipfel müssen deshalb die Staaten erstens so mutig sein, diese Klima-Lücke zu benennen und einen Weg aufzeigen, wie sie geschlossen werden soll. Zweitens muss die Verbindlichkeit der INDCs gewährleistet werden. Solange sie nur den Charakter einer freiwilligen

Selbstverpflichtung haben, bleiben sie ein zahnloser Tiger.

2. Die Dynamik und Transparenz: Viele Länder dürften ihre zugesagten Klimaziele leicht erreichen können. Andererseits haben wir in den letzten zehn Jahren gesehen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien jegliche Prognosen übertroffen hat. Für das Abkommen muss deshalb ein Mechanismus fixiert werden, der es erlaubt, die Zusagen der Länder mindestens alle 5 Jahre zu überprüfen und anzupassen, und zwar nach oben. Der Mechanismus ist wichtig, weil er es erlaubt, den klimapolitischen Ehrgeiz an die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Für dieses Innovationsfenster muss Platz im engen Korsett des Klimavertrags geschaffen werden. Darüber hinaus muss der Gipfel klare Kriterien definieren, mit denen die INDCs verglichen werden können. Nur, wenn die nationalen Klimaschutzleistungen nachvollziehbar und vergleichbar sind, kann das Handeln bewertet und die richtigen Schlüsse für die globale Ebene gezogen werden.
3. Anpassungs- und Finanzhilfen für den Süden: Kleine Inselstaaten und arme Entwicklungsländer sind am stärksten vom Klimawandel betroffen, obwohl sie zum Problem wenig beigetragen haben. Daher sollen die Industrieländer Finanzhilfen zahlen, die es den ärmeren Ländern erlauben, in neue Technologien und die Anpassung an den Klimawandel zu investieren. Bereits in Kopenhagen hatte man sich darauf geeinigt, bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar über einen grünen Klimafonds zur Verfügung zu stellen. Offen blieb, wer wieviel einzahlt und wie das Geld ausgezahlt wird. Noch hapert es an der konkreten Umsetzung. Bisher gibt es Zusagen für weniger als die Hälfte dieser Summe. Hier sind die Industriestaaten in der Bringschuld.
4. Schäden und Verluste: Manche Auswirkungen des Klimawandels sind so gravierend, dass eine Anpassung schlicht nicht möglich ist. Während die Niederlande ihre Deiche stärken, um sich gegen den Anstieg des Meeresspiegels zu wappnen, ist das für die Malediven mit ihren Dutzenden von Inseln keine realistische Option. Sie werden nicht umhin kommen, einen Teil ihrer Bevölkerung umzusiedeln, weil die Inseln nicht länger bewohnbar sein werden. Wer entschädigt die Einwohner für den Verlust ihrer zurückgelassenen Häuser, von Schulen, Bibliotheken und Krankenhäusern? Wie entschädigt man jemanden, der sein Leben auf einer untergehenden Insel zurücklassen muss? Wo sollen die Einwohner der Malediven hinziehen und wer trägt die Kosten dafür? Diese Fragen, die unter dem Stichwort Schäden und Verluste verhandelt werden, sind die vielleicht strittigsten. Die Industriestaaten und v.a. die Lobby der fossilen

Energien zeigen wenig Interesse an entsprechenden Kompensations-Regeln, weil sie Furcht vor zukünftigen Zahlungen in unabsehbarer Höhe haben.

5. Rechtlich Status des Abkommens - bindend oder nicht? Offen ist weiterhin, in welcher rechtlichen Form eine Übereinkunft geschlossen wird. Je höher der Rechtsgrad, desto stärker kann auf seine Einhaltung gepocht und Verstöße dagegen sanktioniert werden. Je nach Rechtsstatus haben beispielsweise die finanziellen Verpflichtungen der Industriestaaten verbindlichen oder bloß empfehlenden Charakter.

#### **4. Welche Rolle spielt Deutschland für die Verhandlungen?**

Die Bundesregierung hat durchweg eine positive Rolle in der Geschichte der Verhandlungen gespielt. Das gilt übrigens - da wir hier bei einer Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen sind - über Partei- und Koalitionsgrenzen hinweg. Bei allen Differenzen, die innenpolitisch etwa bei der Umsetzung der Energiewende ausgetragen werden, sollten wir diese Kontinuität in der Klimaaußenpolitik anerkennen und sie uns auch bewahren.

Bundeskanzlerin Merkel erntet im Ausland viel Applaus dafür, dass sie auf internationalen Gipfeln von ihren Kolleginnen und Kollegen mehr Klimaschutz einfordert. Auch die Zusage, die Mittel für die Klima-Zusammenarbeit auf 4 Milliarden Euro bis 2020 zu verdoppeln, ist der Bundesregierung hoch anzurechnen, gerade angesichts der Flüchtlingskrise. Das Ansteigen der Meere, der Mangel an Trinkwasser und intensivere Dürren werden ganze Landstriche unbewohnbar machen und noch mehr Menschen in die Flucht treiben. Deshalb ist ambitionierter Klimaschutz auch vorsorgende Flüchtlings- und Sicherheitspolitik.

Jenseits des diplomatischen Parketts fällt Deutschland eine besondere Rolle in der internationalen Klimapolitik zu. Der Grund liegt in der Energiewende. Sie wird im Ausland gerade seit dem zweiten Atomausstieg nach Fukushima aufmerksam verfolgt – mit Neugier und Interesse, mancherorts auch mit großer Skepsis.

Vielen gilt die deutsche Energiewende als Vorbild. Viele wünschen sich, dass ihre eigene Regierung eine ähnlich fundamentale Transformation der Energieversorgung anstrebt. Die Annahme lautet in etwa: Kann ein hochindustrialisiertes Land wie Deutschland, seine Wirtschaft ohne Kohle und Atom, auf Basis der erneuerbaren Energien betreiben, dann kann

jedes andere Land das auch.

Ob gewollt oder nicht: Diese Vorbildrolle bringt eine große Verantwortung mit sich. Fährt die Energiewende gegen die Wand, dann wird die Lobby der fossilen Beharrungskräfte versuchen das zum Anlass zu nehmen, die erneuerbaren Energien weltweit auszubremsen. Deshalb muss sich auch die Bundesregierung an ihrem eigenen Anspruch messen lassen. Zuletzt gelang das nicht immer:

- Der Autokonzern Volkswagen hat systematisch die Software seiner Autos manipuliert, um die EU Klima- und Abgasstandards zu unterlaufen. Ohne die klammheimliche Billigung der Politik wäre das nicht gelungen. Die Bundesregierung hat auf jegliche Kontrollen verzichtet und sich in Brüssel sogar noch für eine Verwässerung der Standards eingesetzt. Sie muss ihren Kuschelkurs gegenüber der Auto-Lobby beenden, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit nicht noch weiter beschädigen will.
- Auch in Sachen Kohleausstieg bekleckert sich diese Bundesregierung nicht mit Ruhm, sondern fällt inzwischen hinter Länder wie China und die USA zurück. Erst jüngst hat der Bundeswirtschaftsminister die sogenannte Kohlereserve mit den Stromkonzernen ausgehandelt. Sie ist nichts anderes als eine Abwrackprämie für alte Braunkohlekraftwerke, die ohnehin kurz vor der Abschaltung stehen. Das sind neue Subventionen für alte Energien in Milliardenhöhe. Dabei hatte sich die damalige „Klimakanzlerin“ auf dem G20-Gipfel im Jahr 2009 auf die Abschaffung aller Subventionen auf fossile Ressourcen verpflichtet. Da passen Anspruch und Wirklichkeit nicht zusammen.

Durch Politiken wie diese wird die Energiewende, aber auch ihr Ansehen im Ausland, beschädigt. Darin liegt eine Gefahr. Umso wichtiger ist es, dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, innenpolitisch Kurs zu halten und nicht Partikularinteressen wie der Kohle- und Autolobby nachzugeben.

Wir müssen unter Beweis stellen, dass der Einstieg in ein erneuerbares Energiesystem technisch möglich, wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht möglich ist. Wenn Deutschland als ein hochindustrialisiertes Land diesen Weg gehen kann, bereiten wir den Weg für anderen Gesellschaften, die eine ähnliche Richtung einschlagen.

## 5. Fazit: Paris kein Durchbruch, aber ein Wendepunkt

Wer die Komplexität und Verhandlungsdynamik der Vertragsstaatenkonferenzen kennt, der weiß, dass es völlig offen ist, ob der Gipfel zum Erfolg wird. Aus meiner Sicht muss dieser Gipfel dreierlei leisten, um von einem Erfolg sprechen zu können:

- Erstens ist entscheidend, dass die Konferenz sich auf verbindliche, ambitionierte Klimaziele einigt. Den Klimawandel unterhalb von 2 Grad zu halten bleibt Maßstab politischen Handelns. Die Botschaft muss sein: Neue Investitionen in alte Energien lohnen sich nicht mehr. Investitionsströme müssen in erneuerbare Energien und Effizienz-Technologien umgelenkt werden, zahlen sich ökonomisch aus und werden nun auch politisch unterstützt.
- Zweitens, bestehende Zusagen für die Klimafinanzierung müssen eingehalten und erweitert werden. Darüber hinaus muss ein Einstieg in einen globalen Entschädigungsmechanismus gefunden werden. Hier sind die Industrieländer in der Pflicht. Dies wird ein Knackpunkt in den Verhandlungen.
- Drittens muss ein dynamischer Mechanismus zum regelmäßigen Vergleich der tatsächlichen Fortschritte verankert werden. Nur ein solcher 5-Jahres-Rhythmus wird es erlauben, das Ambitionsniveau weiter zu erhöhen, wenn sich die Dynamik und Innovation der neuen Energien verselbständigt.

Die Erwartung, dass ein einzelner Klimagipfel allein den Klimawandel aufhalten kann, wird sich allerdings nicht erfüllen. Was der Gipfel leisten kann, ist ein starkes Signal zu senden, dass das Zeitalter der fossilen Energien zu Ende geht und eine neue Ära beginnt. Und dafür gibt es Rückenwind.

Schenkt man den Analysen der großen Banken und renommierter Institute Glauben, dann stehen die Zeichen der Zeit auf erneuerbar. Global betrachtet sind mehr als die Hälfte aller neu gebauten Kraftwerke inzwischen erneuerbar. In der EU sind es sogar 4 von 5. Gleichzeitig verdichten sich die Anzeichen, dass das Zeitalter der Kohle seinen Zenit überschritten hat. In den ersten neun Monaten dieses Jahres fiel der weltweite Kohlekonsum um mehr als 3 Prozent und damit mehr als jemals zuvor. Angetrieben war dieser Rückgang vor allem durch China und den USA.



Am Ende des Tages ist die Frage ist nicht, ob eine globale Energiewende überhaupt machbar ist. Die politisch zu entscheidende Frage ist, ob die Wende hin zu einer kohlenstoffarmen Energieversorgung gegen die Interessen der fossilen Lobby rechtzeitig durchgesetzt werden kann, um einen Klimawandel in katastrophalen Ausmaßen zu verhindern.

Paris ist daher weder Anfang noch Ende der globalen Klimapolitik, aber es muss ein zentraler Wendepunkt und Fortschritt in Richtung einer nachhaltigen Zukunft werden.

*Arne Jungjohann ist Autor und Politikwissenschaftler. Er berät Stiftungen, Parteien, Think-Tanks und zivilgesellschaftliche Akteure mit den Schwerpunkten politischer Kommunikation, strategischer Ausrichtung und fachlicher Expertise in der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik. Er lebt in Stuttgart. Zusammen mit dem US-Journalisten Craig Morris schreibt er an einem Buch zur deutschen Energiewende, welches im Sommer 2016 auf dem US-Markt veröffentlicht wird.*

**Kontakt:**

Arne Jungjohann  
Strohberg 38 (Hinterhaus)  
70180 Stuttgart  
Telefon: +49-711-93596255

Email: [JJ@arnejungjohann.de](mailto:JJ@arnejungjohann.de)

Twitter: [@arnejungjohann](https://twitter.com/arnejungjohann)